

Programmcheck der Parteien

Am 23. Februar 2025 ist Bundestagswahl. Damit entscheidet sich, wer Deutschland in der 21. Legislaturperiode führen wird. Dieser Programmcheck gibt Antworten darauf, was die Bauernfamilien von den Parteien zu erwarten haben.

Gemeinsame europäische Agrarpolitik (GAP)

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist der Eckpfeiler der europäischen Integration. Ein robustes Agrarbudget ist wichtig, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und die Herausforderungen der kommenden Jahre zu bewältigen. Wie wollen Sie das Agrarbudget und den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen für 2028–2034 weiterentwickeln und die zukünftige GAP gestalten?

Hinweis der Redaktion:

Für diesen Programmcheck wurden alle Parteien mit Fraktion im Deutschen Bundestag angefragt. Die AfD hat trotz Erinnerung keine Antworten übersendet.



DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE stehen zu einem robusten Agrarbudget zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit. Eine gut ausgestattete einkommenswirksame Honorierung von Klima- und Umweltschutzmaßnahmen soll zudem Anreize setzen. Das System „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ sollte deswegen in der nächsten GAP-Förderperiode die flächenbezogene Einkommensgrundstützung ersetzen. Die Förderung sollte gezielt erfolgen und mit anderen Programmen klug abgestimmt sein. Mehrjährige Maßnahmen, die zugleich Planungssicherheit und Nachhaltigkeit schaffen, werden wir deutlich stärken. Pauschale, einkommenssichernde Prämien wollen wir weiterhin für Klein- und Subsistenzbetriebe sichern. Diese sind wichtig für die Stabilisierung und Stärkung unserer ländlichen Regionen. Deshalb werden wir GRÜNE die Förderung der ländlichen Räume über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) besser mit den Strukturfonds verzahnen und weiter ausbauen.



SPD

Die GAP muss so ausgestaltet werden, dass Landwirt:innen und ihre Familien von ihrer Hände Arbeit gut leben können und dabei für sauberes Wasser, fruchtbare Böden, reine Luft, Artenvielfalt und den Erhalt unserer Kulturlandschaften sorgen. Der mit den Ökoregelungen beschrittene Weg eines Ausgleichs für freiwillig erbrachte Leistungen für Umwelt und Klima muss konsequent im Sinne einer einkommenswirksamen Honorierung ausgebaut und um weitere öffentliche Güter (wie etwa Tierwohl) ergänzt werden, mit dem Ziel einer vollständigen Ablösung der flächengebundenen Direktzahlungen. Grundvoraussetzung für das Gelingen des Umbaus der GAP bei gleichzeitigem Erhalt und Ausbau einer vielseitigen Agrarstruktur ist die spezielle Förderung von Landwirten in naturräumlich benachteiligten Gebieten oder mit sehr kleinen Betrieben, aber auch von Hofnachfolge und Existenzgründung. Ein besonderer Fokus muss zudem auf die Förderung von Junglandwirtinnen und Frauen in der Landwirtschaft gelegt werden.



FDP

Die FDP misst der europäischen Agrarpolitik und fairen Wettbewerbsbedingungen im europäischen Binnenmarkt einen hohen Stellenwert bei, fordert jedoch eine deutliche Vereinfachung und eine stärker marktwirtschaftliche Ausrichtung der GAP. Von der derzeitigen Struktur mit flächengebundenen Direktzahlungen, die an fachlich nicht immer nachvollziehbare Auflagen geknüpft sind, profitieren die Landwirte immer weniger. Die GAP muss Landwirten mehr unternehmerische Freiheit geben, statt sie mit Bürokratie und Berichtspflichten zu belasten. Sie soll den Betrieben ermöglichen, sich unabhängiger von Agrarförderungen zu machen. Zudem ist der Verwaltungsaufwand durch die kleinteilige Förderung innerhalb der zweiten Säule der GAP enorm. Anstatt immer neue Öko-Regelungen einzuführen, setzen wir auf eine gezielte Förderung von Investitionen und Innovationen, um eine nachhaltige und produktive Landwirtschaft zu stärken. Davon profitieren die Landwirte direkt – z. B. durch Unterstützung für neue Technologien, die den Naturschutz verbessern, ohne dass Erträge eingebüßt werden müssen.



CDU/CSU

Wir machen uns in Brüssel dafür stark, dass das Agrarbudget gut ausgestattet bleibt für eine zukunftsfähige GAP mit einer starken Einkommenswirksamkeit. Unser Ziel ist zudem, die GAP für die Bäuerinnen und Bauern im Sinne von Bürokratieabbau, Transparenz und Effizienz massiv zu vereinfachen und praktikabel auszugestalten, was auch viele kleinteilige Kontrollen überflüssig macht. So wollen wir z. B. weg von der sogenannten Kalender-Landwirtschaft, so dass keine festen Daten für Aussaat, Ernte und Bodenbearbeitung vorgeschrieben werden. Zudem müssen Bagatellgrenzen ausgeweitet werden. Die Ziele von Wettbewerbsfähigkeit, Ernährungssicherheit, des Umwelt- und Klimaschutzes sowie der ländlichen Entwicklung und Agrarstruktur sind für uns gleich wichtig. Ernährungssicherheit muss für Europa strategische Bedeutung einnehmen.



Bürokratieabbau

Bürokratie belastet die landwirtschaftlichen Betriebe und bremst sie im europäischen Wettbewerb aus. Bürokratieabbau ist eine politische Führungsaufgabe. Welche Schritte zur Entbürokratisierung des Sektors wollen Sie konkret angehen?



SPD

Wir haben in dieser Wahlperiode das größte Bürokratienteilungspaket seit Jahrzehnten umgesetzt. Und dieser Prozess läuft intensiv weiter und wir werden ihn entsprechend begleiten und fördern. Es gibt noch viele weitere bürokratische Regelungen, so dass der Abbau von Bürokratie auch weiterhin mit Hochdruck betrieben werden muss. Unser Ziel ist eine digitale und bürokratiearme Zukunft der Landwirtschaft. Dazu müssen alle Entscheidungsebenen – EU, Bund und Länder – ihre Regularien regelmäßig auf den Prüfstand stellen.



CDU und CSU werden bei der Bürokratie ausmisten. Wir bauen Berichts- und Dokumentationspflichten spürbar ab, stellen uns neuen EU-Pflichten frühzeitig entgegen und setzen stattdessen auf Marktwirtschaft und Vertrauen. Europarechtliche Vorgaben setzen wir national grundsätzlich eins zu eins um und gehen nicht über das vorgesehene Mindestmaß an Regulierung hinaus. Konkret wollen wir auf die Stoffstrombilanz im Düngerecht verzichten, ein EU-Bodengesetz dauerhaft abwenden und die EU-Taxonomie auch für die Land- und Forstwirtschaft entschärfen.



DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE sind die Ersten seit vielen Jahren, die in einem strukturierten Prozess Schritt für Schritt unnötige Bürokratie, die über Jahrzehnte aufgebaut wurde, in der Landwirtschaft wieder abbauen. Dabei kooperiert das Bundeslandwirtschaftsministerium unter Bundesminister Cem Özdemir eng mit den Ländern. Notwendige Standards im Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz werden wir erhalten. Wir werden weiterhin den Bürokratieabbau zu einer Top-Priorität machen, zum Beispiel auf Doppelarbeit und starre Datumsvorgaben verzichten sowie Meldungen für statistische Zwecke sowie komplexe Melde- und Dokumentationspflichten im Bereich Tierhaltung vereinfachen. So haben wir bereits die Frist zur Aufzeichnung von Düngungsmaßnahmen von zwei auf 14 Tage verlängert. Diese Offensive zum Bürokratieabbau werden wir GRÜNE weiter kraftvoll vorantreiben.



FDP

Die Verbürokratisierung macht vor der Landwirtschaft nicht Halt. Was unser Land braucht, ist eine echte Entrümpelung des Rechts – auch auf europäischer Ebene. Die deutsche Lieferkettenregulierung wollen wir als FDP ebenso streichen wie die europäischen Richtlinien zur Lieferkette und Nachhaltigkeitsberichterstattung. Eine hohe Belastung für Landwirte droht auch durch die europäische Entwaldungsverordnung, die wir gänzlich abschaffen wollen. Umweltschutzaufgaben wollen wir vereinfachen und flexibilisieren und das Umweltrecht insgesamt entschlacken.

Als Freie Demokraten setzen wir uns für den konsequenten Abbau von überflüssigen Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten ein. Zur Entlastung gerade junger Betriebe wollen wir ein bürokratiefreies erstes Jahr einführen. Konkret mit Blick auf die Landwirtschaft sind die Dokumentationspflichten bei der Pflanzenschutzmittelausbringung, der Düngung und der medizinischen Versorgung in der Tierhaltung enorm. Hier sorgen wir für eine echte Entlastung und so wieder für mehr Freude an der landwirtschaftlichen Arbeit.



Foto: Christian Mühlhausen/landpixel.de

Programmcheck der Parteien



Pflanzenschutz

Ein angepasster Pflanzenschutz bleibt gerade in Zeiten des Klimawandels und neuer Schadorganismen unverzichtbar für sichere Erträge, gute Qualitäten und sichere Lebensmittel. Wie werden Sie sicherstellen, dass Pflanzenschutz mit einer breiten Palette von Wirkstoffen und Methoden weiter möglich bleibt, und wie soll die künftige Zulassungspolitik von Pflanzenschutzmitteln aussehen?



CDU/CSU

Unser Ziel ist ein besserer Pflanzenschutz, denn er ist unverzichtbar für die Sicherung der Ernten. Dabei bekennen wir uns auch zum Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel. Das sogenannte Zukunftsprogramm Pflanzenschutz schaffen wir ab. Das Zulassungsverfahren passen wir an, damit innovative Produkte schneller verfügbar sind und die Nutzung und Förderung biologischer und risikoreduzierter Mittel vereinfacht wird. Hierzu müssen Anforderungen in den Zulassungszonen harmonisiert und nationale Sonderwege mit immer neuen Auflagen abgeschafft werden.



FDP

Wir Freie Demokraten fordern, dass die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln ausschließlich nach wissenschaftlichen Kriterien erfolgt. Es darf nicht länger sein, dass eine politisch motivierte Einmischung des Umweltbundesamts (UBA) den rein wissenschaftlichen Bewertungsprozess neuer Pflanzenschutzmittel behindert und dadurch Innovationen ausgebremst werden. Eine objektive Zulassung stärkt auch den Schutz der Biodiversität, da moderne Pflanzenschutzmittel umweltschonender sind. Wir werden dem Verlust von Pflanzenschutz-Wirkstoffen, der die Ernährungssicherung gefährdet, entgegenwirken, indem wir den Zulassungsprozess neu gestalten. Doch nicht nur die Zulassung, sondern auch der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln muss weiterhin gewährleistet bleiben. Es ist dem Einsatz der Agrarbranche und der Freien Demokraten zu verdanken, dass die Pläne der EU-Kommission zur Pflanzenschutzmittel-Verordnung (SUR) gestoppt werden konnten. Wir Freie Demokraten haben uns zudem erfolgreich für die Wiederezulassung von Glyphosat eingesetzt.



Foto: Ehrecke/pixabay.com



DIE GRÜNEN

Angepasster Pflanzenschutz wird in der Zukunft immer wichtiger. Deswegen wollen wir GRÜNE resiliente Anbausysteme erforschen und zur Marktreife bringen. Manche Methoden sind aber auch bereits altbekannt wie breitere, angepasste Fruchtfolgen, die sich auch für Landwirte und Landwirtinnen rechnen. Das werden wir forcieren. Außerdem wollen wir aus den Mitteln einer Pestizidabgabe einen Fonds einrichten, um die Zulassung von besonders umweltfreundlichen Pflanzenschutzmitteln zu unterstützen. Auf europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, dass im Zulassungsverfahren in Zukunft auch Auswirkungen der Wirkstoffe auf die Biodiversität standardisiert mit einbezogen werden. Um die nationalen Zulassungsverfahren zu beschleunigen, werden wir die Arbeitsprozesse in den deutschen Behörden, insbesondere dem BVL, straffen.



SPD

Wenn für viele Kulturen die bisherigen Mittel auslaufen, ohne dass Neuzulassungen in Sicht sind, muss sich dringend etwas an der Zulassungssituation ändern. Dies gilt gerade angesichts des Klimawandels und damit einhergehender neuer Bedrohungen für die Pflanzengesundheit. Gerade Sonderkulturen sind hier besonders betroffen. Unser Ziel sind transparente, schnellere, rechtssichere und wissenschaftsbasierte Zulassungsverfahren. Daher sorgen wir für eine deutlich effizientere Zusammenarbeit der nationalen Zulassungsbehörden und setzen uns auf europäischer Ebene für einheitliche Bewertungskriterien ein.

Erzeuger- und Lebensmittelkette/Wertschöpfung

Wie werden Sie die Stellung der Landwirte und ihrer Genossenschaften in den Verhandlungen mit den nachfolgenden Stufen Erzeuger- und Lebensmittelkette stärken, um eine ungleichmäßige Verteilung der Wertschöpfungsanteile und Preisrisiken zu Lasten der Landwirte und Genossenschaften zu verhindern?

Freie Demokraten
FDP

FDP

Mit dem Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetz sollte Landwirten und Erzeugern entlang der Wertschöpfungskette der Rücken gestärkt werden. In der letzten Bundesregierung haben wir dieses Gesetz mit den Koalitionspartnern nach Vorlage des Evaluationsberichts nachgeschärft. Die Bundesregierung kam jedoch überein, dass in der kurzen Zeit noch nicht jede Maßnahme ihre volle Wirkung entfalten konnte. Daher muss die nächste Evaluierung des Gesetzes abgewartet werden. Klar ist aber auch: Landwirten und Erzeugern ist nicht durch weitere Verbote von Handelspraktiken geholfen.

SPD Soziale Politik für Dich.

SPD

Kostendeckende Erzeugerpreise sind eine Frage des Respekts. Wir wollen daher das AgrarOLkG anpassen und unlautere Handelspraktiken angehen. Außerdem soll die BLE als zuständige Behörde deutlich stärker die Preise und Margen ausgewählter Lebensmittel von der Produktion bis zum Verkauf beobachten. Wir werden für mehr Fairness in der Lebensmittelkette sorgen, indem eine unabhängige und weisungsfreie Ombudsperson mit der alternativen Streitbeilegung betraut wird und Betroffene bei der Durchsetzung ihrer Rechte mit niedrighschwelligem Möglichkeiten der Kontaktaufnahme unterstützt. Grundlage jeder erfolgreichen Lieferbeziehung ist ein Vertrag zwischen den Beteiligten. Wir sorgen daher für die Verpflichtung zum Abschluss verbindlicher Lieferverträge mit konkreten Angaben über Menge, Qualität, Preis und Laufzeit des Vertrages für alle Agrarerzeugnisse und setzen damit eine aktuelle Forderung der Zukunftskommission Landwirtschaft um.

CDU CSU CDU/CSU

CDU und CSU wollen die Landwirte in der Lieferkette stärken. Sie sollen es einfacher haben, sich in Produzentenorganisationen, Erzeugergemeinschaften und Genossenschaften zusammenzuschließen. Diese spielen eine entscheidende Rolle für die Augenhöhe bei den Verhandlungen und für die Gewährleistung auskömmlicher Erzeugerpreise. Noch unter unserer Regierungsverantwortung wurde das Gesetz zur Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken (Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetz – AgrarOLkG) beschlossen. Wir unterstützen nun die EU-Kommission bei ihrem Vorhaben, weitere Verbesserungen zu erreichen. Unlautere Handelspraktiken müssen auch im grenzüberschreitenden Handel besser eingedämmt werden. Notwendig sind wirksame Durchsetzungs- und Sanktionsmechanismen.



DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE wollen, dass die landwirtschaftlichen Betriebe faire und auskömmliche Preise erzielen können. Dafür werden wir sie in der Wertschöpfungskette stärken und verbindliche schriftliche Verträge möglich machen. Wir wollen die Marktbeobachtung im Lebensmittelhandel verbessern, indem wir eine Preisbeobachtungsstelle einrichten, welche die Margen innerhalb der Wertschöpfungskette für landwirtschaftliche Erzeugnisse bis hin zum Handel ermittelt. Wir GRÜNE werden dafür arbeiten, die Preisrisiken für die landwirtschaftlichen Betriebe und Genossenschaften zu mindern, etwa durch die Ausschöpfung kartellrechtlicher Möglichkeiten. Wir werden kartellrechtliche Möglichkeiten prüfen, um die Marktmacht in der Wertschöpfungskette zu beschränken.

Programmcheck der Parteien



Agrardieselrückvergütung

Die Streichung der Agrardieselrückvergütung stellt eine erhebliche Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft im europäischen Binnenmarkt dar. Wie stehen Sie dazu? Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die Förderung von erneuerbaren Kraftstoffen und alternativen Antriebstechnologien in der Landwirtschaft?



DIE GRÜNEN

Die Bundesregierung hat unsere landwirtschaftlichen Betriebe an mehreren Stellen finanziell und von Bürokratie entlastet. Mit dem Agrarpaket vom Sommer 2025 wurde die steuerliche Gewinnlätzung eingeführt, die eine spürbare Entlastung für die landwirtschaftlichen Betriebe bringt. Durch den Wegfall der verpflichtenden 4-%-Stillelegung können die Landwirtinnen und Landwirte die Fläche für die Produktion nutzen oder die attraktive Vergütung in Höhe von 1.300 Euro für das erste Prozent bzw. in jedem Fall für den ersten Hektar in Anspruch nehmen. Diese Regelung wurde bislang gut angenommen. Alternative Antriebe und Treibstoffe aus erneuerbaren Energien sind zukunftsfähig. Diese wollen wir zielgerichtet fördern. Bei biogenen Treibstoffen liegt der Schwerpunkt auf der Verwertung von Reststoffen. Mit dem „Bundesprogramm Energieeffizienz für Landwirtschaft und Gartenbau“ werden bereits einzelbetriebliche Investitionen zur Energieeinsparung und Umstellung auf erneuerbare Energie unterstützt.



Ziel von CDU und CSU ist die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft im EU-Binnenmarkt. Dazu braucht sie vergleichbare Bedingungen. Wir führen die Agrardieselrückvergütung wieder vollständig ein. Alternative Kraftstoffe, wie Biokraftstoffe und synthetische Kraftstoffe, in der Land- und Forstwirtschaft befreien wir von der Energiesteuer. Zudem werden wir ein positives Forschungs- und Innovationsklima schaffen und Innovationen, wie alternative Antriebstechnologien, fördern.



FDP

Der schrittweise Abbau der Agrardieselrückvergütung über vier Jahre war ein Kompromiss, den wir als FDP-Fraktion in der Ampelregierung eingehen mussten, um gegen den großen Widerstand von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter anderem die Senkung der Stromsteuer und viele weitere Entlastungen etwa durch das Wachstumschancengesetz durchzusetzen. Davon haben Haushalte und Betriebe im vergangenen Jahr stark profitiert – darunter natürlich auch Landwirte, ihre Angestellten und deren Familien.

Vor dem Hintergrund des internationalen Wettbewerbs und des damit verbundenen Kosten- und Preisdrucks wollen wir gemeinsam mit den Landwirten schnell umsetzbare Konzepte entwickeln, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zu stärken. Auch klimaneutrale Antriebe und moderne Technologien sind für die Zukunft der Landwirtschaft entscheidend. Deshalb setzen wir uns für eine Förderung von Alternativen wie HVO 100 ein. Der Einsatz erneuerbarer Kraftstoffe sollte gezielt unterstützt werden, damit Landwirte nachhaltige Antriebstechnologien nutzen können und so aktiv zum Klimaschutz beitragen.



SPD

Die Stärkung der deutschen Land- und Forstwirtschaft ist für uns ein wichtiges Anliegen. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, haben wir uns in dieser Legislaturperiode bereits erfolgreich für eine Verlängerung der Tarifglättung im Einkommensteuerrecht eingesetzt. Ferner sehen wir im Einsatz alternativer Antriebstechnologien eine besonders wichtige Zukunftsentwicklung. Wir setzen uns zusätzlich mit Nachdruck für die Attraktivität der E-Mobilität ein, von der steuerlichen Förderung bis zum Tempo beim Ladesäulenausbau.



Eigentum und Steuern

Die mittelständisch geprägten und familiengetragenen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe benötigen verlässliche steuerliche und eigentumsrechtliche Rahmenbedingungen, um generationenübergreifend wirtschaften zu können. Welche Maßnahmen planen Sie zum Schutz des Eigentums und im Bereich der Ertrags-, Umsatz-, Erbschaft- und Grundsteuern?



Unser Ziel ist eine attraktive Unternehmensbesteuerung von maximal 25 Prozent auf einbehaltene Gewinne, die wir schrittweise umsetzen wollen. Dazu senken wir insbesondere die Tarifbelastung und verbessern wesentlich das Optionsmodell und die Thesaurierungsbegünstigung. Bei den bestehenden Steuersystemen für Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften schaffen wir mehr Wahlrechte, Einheitlichkeit und Durchlässigkeit. Zudem schaffen wir den restlichen Solidaritätszuschlag ab. Auch die nächste Generation soll ein Unternehmen weiterführen können. Deshalb belasten wir Familienunternehmen in der Erbfolge nicht in der Substanz und vereinfachen Unternehmensnachfolgen. Eine Vermögensteuer lehnen wir ab.



DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE wollen eine Investitionsprämie von 10 Prozent für alle Investitionen mit Ausnahme von Gebäudeinvestitionen für sämtliche Unternehmen einführen, die mit der Steuerschuld der Unternehmen verrechnet wird. Hierdurch fördern wir branchenübergreifend Investitionen. Diese Maßnahme kommt daher auch allen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zugute, die sich durch Investitionen zukunftsfähig aufstellen wollen. In Hinblick auf die Erbschaftsteuer wird eine Novelle angestrebt, die insbesondere die derzeit bestehenden weitreichenden Ausnahmen von der Besteuerung, die sich besonders bei extrem großen Erbschaften und Schenkungen auswirken, in den Fokus nimmt. Hofnachfolgen in der Landwirtschaft sind davon nicht betroffen. Gemeinschaftliche oder genossenschaftliche Hofübernahmen wollen wir GRÜNE weiterhin erleichtern.



SPD

Um Steuergerechtigkeit zu schaffen, setzen wir uns nicht nur für den Schutz des Eigentums der Bürgerinnen und Bürger ein, sondern insbesondere auch für den Schutz des Einkommens, um Eigentum zu ermöglichen. Daher werden wir für die Entlastung einer großen Mehrheit der Einkommensteuerpflichtigen sorgen. Indem wir den Einkommensteuertarif anpassen, bleibt mehr Netto vom Brutto für die Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig werden wir den Teuerungsraten bei den Lebensmitteln des täglichen Bedarfs entgegenwirken und die Mehrwertsteuer für Lebensmittel von sieben Prozent auf fünf Prozent absenken. Die Erbschaft- und Schenkungsteuer wollen wir reformieren und gerechter ausgestalten. Dazu gehört auch die Erhöhung der persönlichen Freibeträge und der Schutz für die Übertragung des Familienheims. Die laufende Reform der Grundsteuer werden wir evaluieren und erkennbaren Anpassungsbedarf umsetzen.



FDP

Die FDP ist der Anwalt des Eigentums. Wir stehen für verlässliche steuerliche Rahmenbedingungen, damit mittelständische, familiengeführte land- und forstwirtschaftliche Betriebe generationenübergreifend ordentlich wirtschaften können. Daher haben wir die vom BMEL angestrebte Novellierung des Waldgesetzes abgelehnt, da sie mit zusätzlichen Bewirtschaftungsaufgaben und Eingriffen in das Eigentum einhergegangen wäre.

Auch steuerlich brauchen Betriebe Verlässlichkeit und keine zusätzlichen Belastungen. Wir setzen uns für eine Senkung der Unternehmenssteuern und damit auch für eine Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe ein. Eine Wiedereinführung der Vermögensteuer lehnt die FDP entschieden ab. Zudem wollen wir die Erbschaftsteuer reformieren, auch um die Fortführung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe langfristig zu sichern. Wir fordern eine automatische Anpassung der Freibeträge an die Inflation. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass betriebliche Erbgänge steuerlich begünstigt werden, damit Unternehmen nicht gezwungen sind, Teile ihres Betriebs zu verkaufen, um die Erbschaftsteuer zu begleichen. Die Grundsteuer muss so gestaltet sein, dass sie keine zusätzliche Belastung für landwirtschaftliche Betriebe darstellt.

Programmcheck der Parteien



Nutztierhaltung

Die Nutztierhaltung ist eine der tragenden Säulen einer nachhaltigen, auf Kreisläufe ausgerichteten Landwirtschaft. Wie werden Sie diesen systemrelevanten Sektor zukunftsfähig aufstellen, damit dieser wirtschaftlich tragfähig bleibt, weiterhin einen starken Wertschöpfungsbeitrag leisten kann und gesellschaftlich akzeptiert wird?



SPD

Die Verabschiedung des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes war ein wichtiger Schritt hin zu mehr Transparenz und Tierwohl. Wir wollen die Tierhaltungskennzeichnung zügig weiterentwickeln und um die Bereiche Sauen- und Ferkelhaltung, Rinderhaltung (Fleisch und Milch), Geflügelhaltung (Fleisch und Eier), Außer-Haus-Verpflegung (Gastronomie und öffentliche Verpflegung) und verarbeitete Produkte erweitern. Zur Unterstützung des Umbaus der Nutztierhaltung wurden bereits erste Förderprogramme im Bereich der Schweinehaltung initiiert. Dieser Weg muss fortgesetzt werden, um die Landwirt:innen beim Umbau der Nutztierhaltung zu unterstützen und ihnen mit langfristigen Verträgen Planungssicherheit zu geben.



DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE wollen die Nutztierhaltung in Deutschland zukunftsfähig und an den heutigen gesellschaftlichen Anforderungen ausrichten, die sich auch in der Nachfrage am Markt zeigen. Dazu werden wir unter anderem die Tierhaltungskennzeichnung auf die Außer-Haus-Verpflegung und weitere Tierarten ausweiten, damit die landwirtschaftlichen Betriebe am Markt mittelfristig bessere Preise erzielen können. Im Bundesprogramm zum Umbau der Tierhaltung haben wir bereits eine Milliarde Euro für die Zukunft der Betriebe bereitgestellt. Das werden wir GRÜNE verstetigen. Um den regionalen Absatz zu unterstützen, fördern wir regionale Wertschöpfungsketten, etwa ganz konkret durch regionale Schlachthöfe. So unterstützen wir die Nachfrage nach regionalen Erzeugnissen. Damit wollen wir die deutlich gestiegene Nachfrage nach regionaler Küche in Deutschland weiter stärken.



CDU und CSU unterstützen die landwirtschaftlichen Tierhalter verlässlich bei der artgerechten Tierhaltung für mehr Tierwohl. Wir sind für Tierhaltung, insbesondere auch für den Fortbestand der Kombihaltung, und gegen eine Reduktion oder Quoten. Wir sorgen für eine verlässliche Finanzierung tierwohlgerechter Ställe und schaffen genehmigungsrechtliche Hürden ab. So streben wir z. B. bundesweite Anwendungsvorschriften für die neue TA-Luft zur unkomplizierten und rechtssicheren Realisierung von Umbaumaßnahmen an und setzen uns für eine 1:1-Umsetzung der EU-Industrieemissionsrichtlinie und eine Beschleunigung von immissionsrechtlichen Genehmigungsverfahren ein. Eine rechtliche Kategorie für immissionsschutzrechtliche Teilgenehmigungen soll dafür sorgen, dass ein neuer Stall nicht zu einer langwierigen und teuren Neubewertung des gesamten Betriebs führt. Für neue und umgebaute Ställe wollen wir Vertrauensschutz durch 20 Jahre Genehmigungszeit. Zudem müssen Verbraucher klar und verbindlich über Tierwohl und Herkunft tierischer Produkte informiert sein.



FDP

Für uns Freie Demokraten ist der Tierschutz ein hohes Gut. Die Aufgabe besteht darin, die Balance zwischen notwendigen Verbesserungen für die Tiere und praxistauglichen Regelungen zu finden. Nationale Alleingänge, die unsere Landwirte im EU-Vergleich benachteiligen, lehnen wir dabei ab.

Wir wollen den Umbau der Nutztierhaltung gemeinsam mit den Landwirten mit marktwirtschaftlichen Instrumenten erreichen. Weder neue Steuern noch Abgaben („Tierwohl-Cents“) können eine Lösung sein. Unsere moderne Tierhaltung in Deutschland vereint technologischen und wissenschaftlichen Fortschritt und gewährleistet gesunde Tiere sowie qualitativ hochwertiges Fleisch. Verbraucher, die Fleisch aus höheren Haltungsstandards fordern, müssen dafür auch bezahlen. Das nationale Tierhaltungskennzeichen sollte in einem EU-weit einheitlichen Label aufgehen, damit Verbraucherinnen und Verbraucher an der Ladenkasse in ganz Europa aktiv Tierwohl fördern können. Zudem bieten digitale Innovationen wie KI-gesteuerte Systeme enorme Chancen, um mehr Tierwohl in unseren Ställen zu fördern. Diese Anwendungen wollen wir gezielt fördern und den rechtlichen Rahmen für ihre Nutzung schaffen.

Umwelt- und Naturschutz

Die Anforderungen des Umwelt- und Naturschutzes sind zunehmend ordnungsrechtlich geprägt und tragen dazu bei, den Strukturwandel zu beschleunigen. Welche Schwerpunkte werden Sie zukünftig beim Umwelt- und Naturschutz setzen und wie werden Sie die Kooperation zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz voranbringen?



FDP

Umwelt- und Naturschutzpolitik darf nicht auf pauschale Stilllegungsverpflichtungen, Verbote und überzogene Einschränkungen setzen, die landwirtschaftliche Betriebe in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Der Schlüssel liegt für die FDP in Innovationen und marktwirtschaftlichen Anreizsystemen, die Ökologie und Ökonomie in Einklang bringen.

Statt durch ordnungsrechtliche Eingriffe Planungssicherheit und Wirtschaftlichkeit zu gefährden, setzen wir auf Umwelt- und Naturschutz durch Innovation und Fortschritt. Landwirtschaftliche Betriebe haben in den vergangenen Jahren eindrucksvoll bewiesen, dass Ertragssicherung und Umwelt- und Naturschutz Hand in Hand gehen – durch Fortschritte in der Züchtung wie CRISPR/Cas, Smart-Farming-Techniken, betriebliches Management sowie den Austausch mit internationalen Best Practices.

Darüber hinaus spielt der Vertragsnaturschutz mit den Akteuren vor Ort eine entscheidende Rolle. Ziel muss es sein, Landwirte als Partner des Naturschutzes zu verstehen, anstatt ihnen durch ideologisch motivierte Regulierungen immer neue Hürden in den Weg zu stellen. Kooperation statt Konfrontation ist der richtige Weg.



CDU/CSU

Um ökologische Ziele zu erreichen, setzen wir auf Anreize, kooperativen Umweltschutz, die Honorierung von Natur- und Umweltschutz sowie Innovationen. Das zwangsweise Stilllegen von Flächen lehnen wir ab. Dabei sind uns konventionelle und ökologische Landwirtschaft gleich wichtig. Das Bundesnaturschutzgesetz ändern wir dahingehend, dass Pflege und Bewirtschaftung von Biotopen ausgleichsfähig sind. Die Bioökonomie stärken wir.



SPD

Eine Reform der GAP, wie unter 1 erwähnt, würde die Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Umwelt noch mal deutlich verbessern. Beide können voneinander profitieren, wenn die Honorierung von Ökosystemleistungen im Fokus der GAP steht. Klar ist, dass Landwirt:innen nur in einer intakten Umwelt erfolgreich wirtschaften können. Zugleich trägt eine nachhaltige und umweltfreundliche Bewirtschaftung zum Erhalt unserer vielfältigen Kulturlandschaft bei, die Lebensraum für zahlreiche Arten bietet.



DIE GRÜNEN

Umwelt und Landwirtschaft sind für uns GRÜNE zwei Seiten einer Medaille. Eine intakte Umwelt ermöglicht eine nachhaltige Landwirtschaft und eine intakte Landwirtschaft sorgt für eine nachhaltige Umwelt. Dafür setzen wir faire Rahmenbedingungen, die für alle gelten, zu einem Teil auch durch ordnungsrechtliche Umwelt- und Naturschutzregeln. Gleichzeitig werden wir GRÜNE unnötige Bürokratie weiterhin spürbar abbauen. Wir setzen stärker auf wirksame Anreize für eine natur- und umweltverträgliche Landwirtschaft auch in der GAP-Förderung. Umweltleistungen müssen sich für die landwirtschaftlichen Betriebe sichtbar auszahlen. Dafür werden wir beispielsweise sowohl neue Instrumente wie Förderprogramme im Rahmen des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz, unter anderem für eine bodenschonende Bearbeitung, und kooperative Modelle als auch bewährte Instrumente wie Vertragsnaturschutz und Agrar-Umwelt-Maßnahmen nutzen.

